Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964
1932

22 (27.1.1932)

Visual Library

Durlacher Tageblatt

(Durlacher Wochenblatt gegründet 1829) mit den amtlichen Bekanntmachungen für den Amtsbezirk Karlsruhe.

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- u. Feiertage ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich monatlich 1,70 Mark. Einzelnummer und Belegblatt 10 Pfennig.

Druck u. Verlag: Buchdruckerei A. Duys, Durlach, Mittelstr. 6. Fernsprecher 204. Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 10101.

Anzeigenberechnung: Die 8gespaltene Millimeterzeile 8 Pfennig, Reklamezeile 25 Pfennig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor nachm. 4 Uhr, für dringliche Familienanzeigen am Erscheinungstag ½9 Uhr vorm. Für Platzvorschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezieher keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 22 — **Mittwoch, den 27. Januar 1932** — **103. Jahrgang**

Kurze Tagesübersicht

Im Rechtsausschuß des Reichstages wurde mit der Beratung über die Artikel der Todesstrafe begonnen, wobei Geheimrat Kahl (D.Vp.) sich nicht mehr für deren Beseitigung einsetzte.

*

Der polnisch-russische Nichtangriffspakt wird veröffentlicht, er enthält keine Garantie für die polnische Westgrenze und wird deshalb in Berlin ruhig beurteilt.

*

In den englisch-französischen Verhandlungen über die Reparationen ist noch keine Einigung erzielt oder ein Termin für die Zusammenkunft Macdonald-Laval festgelegt worden.

*

Die Bank von England zahlt Kredite in Höhe von 600 Millionen nach Paris und Neuyork zurück, Frankreich droht erneut, die deutschen Rediskontkredite nicht zu verlängern.

*

In Genf hat der Völkerbundsrat erneut über den Mandschureikonflikt ergebnislos beraten.

*

Am Mittwoch feiert der frühere Kaiser in Doorn seinen 73. Geburtstag. Sein Gesundheitszustand soll sich wieder gebessert haben.

*

Der Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahn trat heute zusammen. Aus einem vorläufigen Ueberblick ergibt sich, daß 1931 mit einem Einnahmerückgang von 15,9 Prozent gegenüber 1930 geschlossen hat.

*

Mehrere führende Persönlichkeiten der österreichischen Wirtschaft, unter ihnen der frühere Bundeskanzler Streeruwitz, sind zu Besprechungen in Berlin eingetroffen. Die Gäste werden u. a. auch vom Reichskanzler empfangen werden.

*

Die beabsichtigte Zusammenkunft Lavals mit Macdonald hat man französischerseits vorläufig aufgegeben.

*

Der Führer der deutschen Abordnung auf der Abrüstungskonferenz, Botschafter von Nadolny, stattete dem Generalsekretär des Völkerbundes einen Besuch ab.

*

Das japanische Kabinett beschloß in einer Sondersitzung, ein weiteres Geschwader — einen Panzerkreuzer, acht Zerstörer und zwei Flugzeugmutterschiffe — nach Schanghai zu entsenden.

*

Der deutsche Staatsangehörige Wilhelm Wiszt hat Dienstag von Lissabon aus die Ueberfahrt nach Amerika mit einem fünf Meter langen Ruderboot angetreten.

„Abiturient 1932"

Sofort Maßregeln zur Unterbringung von 45 000 Abiturienten in praktische Lehrstellen

Berlin, 26. Jan. Im Reichsinnenministerium fanden unter Leitung von Minister **Gröner** Verhandlungen über die berufliche Eingliederung des Abiturientenjahrganges 1932 statt. Außer den zuständigen Ministerialreferenten, die in ihren Berichten ein erschütterndes Zahlenmaterial darlegten nahmen u. a. Vertreter der maßgeblichen Wirtschaftsverbände und des Deutschen Studentenwerks an den Besprechungen teil. Man war sich darüber einig, daß zwischen Sofort-Maßregeln für dieses Jahr und einem umfassenden Eingliederungsprogramm für die Zukunft zu scheiden sei.

Um die rund 45 000 Abiturienten, die Ostern die höheren Schulen verlassen werden, nicht wie in den vorigen Jahren zu 70 Prozent an einer weiteren Ueberfüllung der Hochschulen teilhaben zu lassen, sollen alle Arbeitgeber zur Schaffung zusätzlicher Ausbildungsmöglichkeiten für Abiturienten aufgefordert werden.

Bei den **Industrieverbänden** fanden diese Bemühungen volles Verständnis. Die Durchführung wird dadurch erleichtert, daß mit den starken Abiturientenlehrgängen die wesentlich verringerten Kriegsjahrgänge in Volksschülern und Schülern der mittleren Reife auf den Arbeitsmarkt kommen, so daß auf den praktischen Lehrstellen Raum entsteht für die Abiturienten dieses Jahres.

Einstimmig war man der Ansicht, daß es sich gerade hierbei nur um eine **Ausnahmelösung** handeln könne, die der im Gange befindlichen Eindämmung des überteigerten Berechtigungswesens keinen Abbruch tun dürfe. Zur leichteren Einleitung von örtlichen Besprechungen zwischen den amtlichen Stellen und den regionalen Arbeitgebern wurde ein Ausschuß eingesetzt, der sich noch des weiteren mit dem umfangreichen Material befassen wird. Am Montag ist der erste der beiden Ausschüsse zusammengetreten, die bei den Besprechungen im Reichsinnenministerium über die Akademikerfragen eingesetzt worden sind. Dieser Ausschuß steht unter dem Vorsitz des Reichsministers a. D. **Hamm**; er soll in erster Linie die Möglichkeiten prüfen, die sich für den praktischen Einsatz des Abiturienten bieten.

Um die Todesstrafe

Strafrechtsausschuß des Landtages

Berlin, 26. Jan. Nach langer Debatte, bei der eine nationalsozialistische Erklärung eine besondere Rolle spielte — die Nationalsozialisten und Deutschnationalen blieben der Sitzung fern —, trat der Ausschuß in die sachliche **Beratung über das Strafrechtskapitel der Todesstrafe** ein.

Abg **Geschke** (Kom.) begründete den kommunistischen Antrag auf Abschaffung der Todesstrafe.

Abg **Bell** (Z.) erklärte: Bei dem abscheulichsten Verbrechen des Mordes glauben wir zur Sicherung von Staat und Gesellschaft auf die Todesstrafe nicht verzichten zu dürfen. Von diesem Standpunkte abzugehen, haben wir auch im Hinblick auf die inzwischen zur Aburteilung gelangten Mordfälle keine Veranlassung.

Von **Regierungsseite** wurde ausgeführt, daß der Entwurf eine wesentliche Einschränkung der Todesstrafe enthalte, da er selbst bei Mord mildernde Umstände zuläßt. Die Verhandlungen des Ausschusses hätten gezeigt, daß praktisch in Deutschland keine Fälle der Vollstreckung einer unbegründeten Todesstrafe bekannt sind.

Abg. D. Dr. **Kahl** (D.Vp.) gab zur Todesstrafe folgende Erklärung ab. Zweimal habe ich den Antrag gestellt, die Todesstrafe durch „lebenslanges Zuchthaus" mit der Maßgabe zu ersetzen, daß „ein wegen Mordes zu lebenslanger Zuchthausstrafe Verurteilter im Falle einer Begnadigung in Sicherungsverwahrung zu überführen ist". Ich werde den Antrag in gegenwärtiger Lage nicht wieder aufnehmen. Ich **verzichte auf Wiedereinbringung aus Rücksichten auf die allgemeinen Zeitverhältnisse.** Die Tötungsdelikte an sich haben sich vermehrt, ja stellen- und zeitweise wie ein regelrechtes Mittel im politischen Kampf der Parteien angewachsen. Vor allem aber haben sich der Art nach so scheußliche Mordfälle ereignet, daß einzelne Länder, auch Preußen, dessen Justizchef zu den ausgesprochenen Gegnern gehört, der Anregung der Reichsregierung nicht nachfolgen konnten, sondern sich zur Vollstreckung der Todesstrafe entschließen mußten. Die gegenwärtige Zeitlage ist nicht günstig, ihre Abschaffung ins Auge zu fassen.

Abg. Dr. **Marum** (Soz.) beantragte Abschaffung der Todesstrafe. Es genüge die lebenslängliche Einschließung des asozialen Rechtsbrechers. Die endgültige Entscheidung über die Todesstrafe werde von größter Bedeutung sein für die Stellung der Sozialdemokratie zum Strafgesetzentwurf im Ganzen.

Abg. Dr. **Fischer**-Köln (St.P.) war der Ansicht, daß nach den eindrucksvollen Erklärungen des Vorsitzenden zur Todesstrafe eine ganz neue Lage geschaffen sei, und daß er angesichts dieser neuen Sachlage mit seiner Fraktion erst Rücksprache nehmen müsse.

Da in der nächsten Woche der Rechtsausschuß über die Fürstenabfindung wichtige Beratungen abhalten soll, und die Mitglieder des Strafrechtsausschusses meist auch dem Rechtsausschuß angehören, so setzte man zunächst die Beratung über die Todesstrafe aus.

In der Schwebe

Die englisch-französische Aussprache — Die neue Konferenz

Paris, 25. Jan. Die Beratung der französischen Minister mit dem englischen Botschafter Lord **Tyrell** hat nach Behauptungen verschiedener Pariser Blätter, die Aussicht auf eine **französisch-englische Verständigung über die Haltung in der Schuldenfrage** eröffnet. Die juristische und technische Seite der Frage sind erschöpfend erörtert worden. Es bleibt nur die politische. Aber gerade diese bildet, wie auch die französische Regierungspresse zugibt, nach wie vor große Schwierigkeiten. Die grundsätzliche Meinungsverschiedenheit zwischen London und Paris bezieht sich auf den **Umfang und die Dauer eines neuen Zahlungsaufschubs für Deutschland.** Laval will offenbar nur ein oder höchstens zwei Jahre zugeben und nach wie vor auf die gesichtete Schuld verzichten, während er an dem Plan, für die ungesichtete Schuld die **Deutsche Reichseisenbahn** mit einer Anleihe zu belasten, noch immer festhält. Immer wieder wird von Frankreich behauptet, die Reichseisenbahn befinde sich in viel günstigerer Lage als die Eisenbahnen der Gläubigerstaaten.

Was den Zeitpunkt für den **Zusammentritt der aufgeschobenen Konferenz** anlangt, so soll von **England der 30. Juni vorgeschlagen worden sein**, ebenso die volle Befreiung Deutschlands von allen Zahlungen für mehrere Jahre. Gegen diese Absicht läuft die französische Regierungspresse abermals Sturm. Vor Mitte nächster Woche ist aber nicht an eine **Zusammenkunft Lavals mit Macdonald** zu denken. Pertinax hält es sogar für möglich, daß Macdonald wegen der Schwierigkeiten im englischen Kabinett zurücktreten wird.

Mit Spannung erwarten die nationalistischen Blätter die am Donnerstag fällige **Entscheidung der Bank von Frankreich, ob sie ihren Anteil von 25 Millionen Dollar an dem Kredit für Deutschland belassen will.** Bisher ist noch nichts über die Absicht der Bankleitung durchgesickert, aber die Haltung der nationalistischen Blätter läßt keinen Zweifel darüber, daß sie die Ablehnung der Verlängerung gern begrüßen würden. Man hat aber den Eindruck, daß die Regierung einen solchen Schritt nicht wünscht.

Das weiße Haus gegen Gerüchte über Inflationspolitik

T.U. **Washington**, 26. Jan. Das Weiße Haus dementiert schärfstens Pressemeldungen, die im Zusammenhang mit dem Wiederaufbauprogramm der Regierung von einer Inflationspolitik durch die amerikanische Gesetzgebung sprachen.

Englisches U-Boot mit 40 Mann gesunken

T.U. **London**, 27. Jan. Die englische Admiralität teilt mit, daß das Unterseeboot „M 2" am Dienstag morgen etwa fünf Meilen von Portland ab bei Tauchübungen gesunken ist. Torpedoboote und Unterseeboote eilten herbei, um die Unglücksstelle abzusuchen. Späterhin alarmierte der Chef der Marinestation in Portsmouth die dortige Minensuchbootflottille, deren Mannschaften sich gerade auf Landurlaub befanden und aus Lichtspieltheatern und Restaurants herbeigeholt werden mußten. Die Minensuchboote befahren mit ihren Suchgeräten den Seeraum, in dem das Unterseeboot liegen kann, haben es aber bisher noch nicht gefunden, obwohl das Wasser an der Unglücksstelle nur etwa 32 Meter tief ist.

An Bord des „M 2" befanden sich etwa 40 Mann. Das letzte drahtlose Zeichen des Unterseebootes wurde kurz nach 10 Uhr morgens gehört.

Die Boote der „M-Klasse" wurden gegen Schluß des Krieges in Bauangriff genommen und trugen ein schweres 30,5 Zentimeter-Geschütz, mit dem man die Küste bis Belgien beschießen wollte. Ihre Konstruktion hat niemals recht befriedigt und schon früher hat die englische Marine mit dieser Klasse schlimme Erfahrungen gemacht.

Paris und der russisch-polnische Vertrag

T.U. **Paris**, 26. Jan. In Pariser politischen Kreisen herrscht über die Paraphierung des polnisch-russischen Nichtangriffsvertrages außerordentliche Befriedigung. Besonderes Gewicht legt man auf den ersten Artikel des Abkommens, in dem es heißt, daß jeder Angriff auf die Unantastbarkeit und Unverletzbarkeit des beiderseitigen Staatsgebietes als eine Verletzung der übernommenen Verpflichtungen betrachtet werden müsse. Dieser Satz wird in Paris so ausgelegt, daß Sowjetrußland damit die augenblicklichen Grenzen Polens anerkannt habe.

Rumänien u. der russisch-polnische Vertrag

T.U. **Bukarest**, 26. Jan. Die Nachricht von der Paraphierung des russisch-polnischen Nichtangriffsvertrages hat hier peinlichen Eindruck hervorgerufen. Man versucht sich mit der angeblichen Vertragsklausel zu trösten, wonach der Vertrag fristlos gekündigt werden kann, sobald eine der Parteien eine dritte Macht angreift. Würde Rußland Rumänien angreifen, dann müßte nach rumänischer Auffassung der russisch-polnische Nichtangriffsvertrag ohne weiteres von Polen außer Kraft gesetzt werden, und automatisch das polnisch-rumänische Militärbündnis in Kraft treten, wobei natürlich abzuwarten bleibt, welche Auslegung Polen im entscheidenden Augenblick dem Text dieses Bündnisses geben wurde. Da die Rigaer Verhandlungen gescheitert sind, setzt Rumänien die letzte Hoffnung auf ein Zusammentreffen Ghikas und Litwinows in Genf. Ob es zu einer Aussprache kommen wird, ist zweifelhaft. Das hängt von der noch ungeklärten Einstellung der neuen französischen Regierung zu Rußland ab.

Vor dem Abbruch der russisch-rumänischen Verhandlungen

T.U. **Moskau** (über Kowno), 27. Jan. In russischen amtlichen Kreisen wird damit gerechnet, daß die russisch-rumänischen Nichtangriffspaktverhandlungen am Mittwoch seitens der rumänischen Abordnung auf Grund der Erklärung Litwinows abgebrochen werden. Der russische Unterhändler Stomonjakow, der die Verhandlungen mit dem rumänischen Geschäftsträger in Riga leitete, bleibt weiter in Riga, um die russisch-lettischen Nichtangriffspaktverhandlungen zu Ende zu führen.

Landwirtschaftliche Unfallversicherung

Berlin, 26. Jan. Die Notverordnung vom 8. Dezember 1931 hat in der landwirtschaftlichen Unfallversicherung den Rentenaufwand von 57 Millionen RM. um 12 Millionen RM. für das Jahr gemindert. Diese Entlastung rechtfertigt die Erwartung, daß nunmehr alle landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften der Reichspost, welche die Renten auszahlt, rechtzeitig die notwendigen Vorschüsse überweisen. Erfüllt sich die Erwartung nicht so wird **der Gesetzgeber gezwungen sein, die Auszahlung der Renten den säumigen landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften selbst zu überlassen.** Bei vielen landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften bilden die landwirtschaftlichen Arbeiter nur einen kleinen Bruchteil der Versicherten. Die Mehrzahl der Versicherten und der Rentenempfänger besteht aus Unternehmern und ihren Angehörigen.

Preußens Regierungschef

Zum 60. Geburtstag des Ministerpräsidenten Otto Braun am 28. Januar

Man schreibt uns: Nur die Eingeweihten wissen, in wie entscheidendem Maße der preußische Ministerpräsident, Otto Braun, das Schicksal nicht nur Preußens, sondern des ganzen Deutschen Reiches in der Nachkriegszeit bestimmt und beeinflußt hat. Es war niemals seine Art, von sich reden zu machen. Immer blieb er reserviert, nur auf die Sache bedacht. An jenem historischen 12. November 1918 erschienen die Vertreter des Vollzugsrates bei dem Vizepräsidenten des Königlichen Staatsministeriums, Friedberg. Sie stellten gemeinsam fest, daß „die faktische Gewalt in die Hände des Vollzugsrates übergegangen sei." Herr Friedberg entfernte sich — Preußen war Republik. Damals übernahm Otto Braun das Landwirtschaftsministerium.

In Königsberg in Ostpreußen am 28. Januar 1872 geboren, war der gelernte Buchdrucker auf dem Wege über die Gewerkschaft zum Redakteur des Parteiblattes geworden. Neigung und Aufgaben brachten ihn in zunehmenden Maße mit dem ländlichen Proletariat, den „Instleuten" und „Leibeigenen" der großen Güter, in Verbindung. Frühzeitig erkannte er ihre Not, und die Eindrücke aus jenen ersten Jahren seiner politischen Wirksamkeit müssen nachhaltig auf ihn eingewirkt haben. Seine erste Forderung war seit jeher: Schaffung eines neuen Landarbeiter-Rechts, von Siedlungsmöglichkeiten, die jedem den Erwerb eigenen Bodens ermöglichten, einer intensiveren Bewirtschaftung, um dem kleinen Landwirt wie dem Kätner eine zweckmäßige Bewirtschaftung seines Bodens zu ermöglichen, Forderungen, die heute wieder eine neue Aktualität erlangt haben.

Selbst mit der Scholle verbunden, hatte sich Otto Braun schon als Gewerkschaftler fast ausschließlich mit Agrarpolitik befaßt. Vieles von dem, was er in jener Zeit lange vor dem Krieg an Aufsätzen geschrieben hat, befaßt sich mit diesem Thema. Aber es war aussichtslos, im Zeichen des Dreiklassenwahlrechts, als Arbeitervertreter in einer Provinz, die von Landräten aus adligen Familien und von Rittergutsbesitzern beherrscht wurde, die Stimmenzahl für ein Abgeordnetenmandat zusammenzubringen. Erst als Vierzigjähriger kam er, nachdem er 10 Jahre Stadtverordneter in Königsberg gewesen war, für den Wahlkreis Beeskow-Storkow-Charlottenburg, als einen Berliner Vorortbezirk, in den Preußischen Landtag.

Als Vertreter einer kleinen Oppositionspartei blieb Otto Braun bis zum Kriegsende zur Einflußlosigkeit verurteilt, aber er hatte doch Gelegenheit, das Getriebe der Parlamentsarbeit, das Balancieren mit Mehrheiten und den Mechanismus der Regierungsgeschäfte aus nächster Nähe kennen zu lernen, bis nach dem Umsturz von 1918 der Oppositionsführer in jähem Wechsel zum verantwortlichen Staatsführer wurde.

Seit mehr als zehn Jahren steht Otto Braun jetzt als Ministerpräsident an der Spitze der preußischen Staatsregierung, von wenigen kurzen Unterbrechungen abgesehen, so im Jahre 1925, als er im ersten Wahlgang sozialdemokratischer Präsidentschaftskandidat war. Seine nüchterne Einschätzung der politischen Kräfteverteilung und der Macht der Verhältnisse bewahrte ihn stets vor utopischen Hoffnungen und damit auch vor Nackenschlägen, von denen viele andere Politiker sich nicht schützen konnten.

Man hat ihn mehr als energisch genannt, und daran ist zweifellos viel Richtiges. Otto Braun ist nie ein „Liebling des Volkes" geworden, dazu war er viel zu verschlossen und abweisend in seiner ganzen Art, dafür aber selbst immer sachlich und sachlichen Argumenten auch seiner Gegner stets zugänglich. Ein konstruktiver politischer Kopf, hat er, der vierzig Millionen von den 65 Millionen Einwohnern des Deutschen Reiches regiert, mehr als einmal die Richtung der Reichspolitik entscheidend bestimmt.

Eine der wenigen äußerlichen Ehrungen, die ihm zuteil geworden sind, war die Verleihung des Ehrendoktors der wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Köln im Jahre 1927.

Von der Parteien Gunst und Haß verzerrt, ist das Wirken Otto Brauns umstritten. Der große, schwere Mann mit dem harten Gesicht, dem mächtige Augenbrauen das Gepräge geben, ist mehr gefürchtet als geliebt. Ein entschlossener Kämpfer, der nur vertrauten Freunden seinen innersten Gedanken preisgibt, hat seine klare Linie mehr als ein Jahrzehnt behaupten können. Ob sein Weg in allem richtig war, darüber mag die Geschichte ihr Urteil sprechen.

Tagung des Verwaltungsrates

der Deutschen Reichsbahngesellschaft

Berlin, 26. Jan. Der Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahngesellschaft tagte am 25. Januar in Berlin. An der Sitzung nahmen zum ersten Mal die neuernannten Mitglieder, Staatssekretär a. D. Gutbrod und Ministerialdirektor Schulze teil. Zu seinem Präsidenten wählte der Verwaltungsrat wiederum einstimmig seinen bisherigen Präsidenten C. F. von **Siemens.** Der vorläufige Ueberblick über die **Einnahmeentwicklung im Jahre 1931** ergibt mit 3,842 Milliarden RM. einen **Rückgang um 15,9 Prozent** gegenüber 1930 und um 28,2 Prozent gegenüber 1929. Mit dem endgültigen Abschluß für 1931 ist für den April zu rechnen. Die Einnahmeentwicklung im Januar 1932 folgt einem über das erwartete Maß hinausgehenden Abfall.

Die **steuerfreie Reichsbahnanleihe 1931** hat bisher Zeichnungen von rund 243 Millionen RM. ergeben. Bis zum ersten Zahlungstermin, dem 5. Januar 1932, waren davon 56,5 Millionen RM., rund 24 Prozent, eingezahlt. Die auf Grund des Ergebnisses dieser Anleihe vorgesehenen Aufträge sind soweit als möglich herausgegeben worden. Ein Ueberblick über die Auswirkung der im Dezember beschlossenen **Ermäßigung der Gütertarife** im veranschlagten Betrage von 300 Millionen RM. läßt sich zur Zeit noch nicht gewinnen. Die **Ausgabe von verlängerten Sonntagsrückfahrkarten** zu Weihnachten hat den Reiseverkehr wesentlich belebt. Die Einnahmen mußten dabei naturgemäß wegen der verbilligten Preise hinter denen des Vorjahres zurückbleiben.

Die Tributfrage nach englischer Auffassung ungeklärt

T.U. **London,** 26. Jan. Nach englischer Auffassung besteht kein Grund zu der Annahme, daß die Gesamtlage in der Tributfrage seit Montag eine grundlegende Veränderung erfahren hat. Die Besprechungen zwischen Paris und London werden vielmehr fortgesetzt. Es werden Versuche gemacht, um falls möglich, zu einer Einigung über die Einberufung einer Konferenz vor dem 1. Juli zu kommen, die sich mit der Gesamtfrage der Tribute zu befassen hätte.

Aus Paris eingelaufene optimistischere Berichte werden in London als verfrüht angesehen. Soweit sich erkennen läßt, hat die englische Regierung die Bedenken, die deutscherseits gegen eine einjährige Verlängerung des Moratoriums, wie es im Abkommen vom August 1931 umrissen war, vorgebracht wurden, in Paris zum Ausdruck gebracht und sie nicht unwesentlich unterstützt. Andererseits hat sich die englische Diplomatie die Kompromißmöglichkeiten namentlich hinsichtlich der Anwendung dieses Abkommens auf ein neues Moratorium durchaus offen gehalten.

Neue Besprechungen zwischen dem englischen Außenamt und der deutschen Botschaft haben nicht stattgefunden.

Jesuitenverfolgung in Spanien

Bis zum letzten Augenblick war es nicht sicher, ob **Alcala Zamora,** der kürzlich gewählte spanische Staatspräsident, das Regierungsdekret über die Auflösung des Jesuiten-Ordens unterschreiben wird. Er hat es doch getan und dabei ist es erst wenige Monate her, daß er nach einem vergeblichen Kampf in der Nationalversammlung gerade in dieser Frage das Amt des Ministerpräsidenten niedergelegt hat. Man hätte erwarten müssen, daß er, selbst ein Katholik, seiner damaligen Haltung auch heute treu bleiben würde. Aber die Ereignisse der letzten Tage, die Streiks und die Kirchenzerstörungen haben ihn zur Nachgiebigkeit veranlaßt. Das Regierungsdekret gegen die Auflösung des Jesuiten-Ordens ist die unmittelbare Folge der Bestimmungen, die die neue spanische Verfassung über die religiösen Orden enthält. Daß von allen religiösen Kongregationen gerade die Gesellschaft Jesu betroffen wurde, erklärt sich aus ihrer besonderen Beschaffenheit.

Der Jesuiten-Orden verlangt nicht nur drei Gelübde — Armut, Keuschheit, Gehorsam gegen den Oberen — wie alle anderen Kongregationen, sondern darüber hinaus noch ein vierte, über die drei kanonischen hinausgehendes, nämlich das Gelübde des unmittelbaren Gehorsams gegen Befehle des Papstes. Die Jesuiten sind direkt dem Papst und ihrem eigenen „General" unterstellt. Daran glaubt das heutige Spanien Anstoß nehmen zu müssen.

Es ist nicht das erstemal, daß die Gesellschaft Jesu in Spanien unterdrückt wird. Schon früher einmal wurde der Jesuiten-Orden in Spanien verfolgt. König Karl der Dritte hat die Jesuiten im Jahre 1767 aus dem Lande verbannt. Hiermit wurde für die spätere Zeit ein Präzedenzfall geschaffen. So wurden die Jesuiten im Jahre 1820 aus Rußland und 1901 aus Frankreich ausgewiesen. Die Ausweisung der Jesuiten aus Deutschland erfolgte 1862 durch das Reichsgesetz vom 4. Juli, das als Jesuiten-Gesetz bezeichnet zu werden pflegt. Zweiunddreißig Jahre später wurden die Jesuiten in Deutschland als Privatpersonen zugelassen. 1917 wurden schließlich sämtliche Einschränkungen gegen die Gesellschaft Jesu aufgehoben.

Das Jesuiten-Dekret hat in einzelnen Provinzen Spaniens, besonders im Basken-Land und in dem autonomistisch gesinnten Katalonien Erregung hervorgerufen. Es ist anzunehmen, daß das Problem der religiösen Kongregationen überhaupt und das Jesuiten-Problem im besonderen der spanischen Regierung noch viel zu schaffen machen wird.

*

Pius XI. über die Lage der katholischen Kirche

Rom, 25. Jan. Papst Pius XI. brachte in einer Ansprache wieder seinen tiefen Schmerz über die Lage der katholischen Kirche in **Rußland, Mexiko** und **Spanien** zum Ausdruck. Die Auflösung des Jesuitenordens und die Konfiszierung seiner Güter in Spanien sei ein neues trauriges Ereignis. Der Papst hob die Verdienste der Gesellschaft Jesu in Spanien hervor und bezeichnete ihre spanischen Mitglieder als Märtyrer für den Papst und für die Ehre des Erlösers.

Die Jesuiten verlassen Spanien

San Sebastian, 26. Jan. Die Zentrale der spanischen Jesuiten-Ordens in San Ignacio de Loyola ist seit Sonntag geschlossen. Die Ordensmitglieder haben sich zur Abreise nach Belgien bereit gemacht.

Verlängerung des französischen Rediskontkreditanteils nur für drei Wochen

T.U. **Paris,** 26. Jan. „Paris Soir" glaubt zu wissen, daß sich der am Donnerstag zusammentretende Verwaltungsrat der Bank von Frankreich, der über die Verlängerung des französischen Anteils an dem 100 Millionen-Dollar-Rediskontkredit entscheidet, den Ausführungen des Gouverneurs Moret anschließen und diesen Kredit nur für drei Wochen oder höchstens einen Monat verlängern wird.

Laval berichtet über die englisch-französischen Verhandlungen

T.U. **Paris,** 26. Jan. Ministerpräsident Laval erstattete am Dienstag dem Ministerrat Bericht über den Stand der augenblicklichen englisch-französischen Verhandlungen.

Ich warte auf deine Liebe

Roman von Gert Rothberg

Copyright by Martin Feuchtwanger, Halle (Saale)

[15

Frau von Löwenried faltete die Hände.

„Wenn doch Dietrich noch ein großes Glück fände — er verdient es doch. Und es wäre doch furchtbar, wenn er ein zweites Mal in die weite Welt hinausginge."

* * *

Am Donnerstag trug Elme zum ersten Male ein helles Kleid. Weich und elegant schmiegte es sich um die schlanke Gestalt. Da es sehr einfach war, hatte Elme keine Ahnung, wieviel Frau von Löwenried dafür ausgegeben hatte. Ein einfaches, schmales Kettchen aus mattem Gold schmückte den schlanken Hals, und auf der Schulter ruhte eine ganz matte, rosa abgetönte Rose.

Fritz von Dortlingen stand dicht neben dem jungen Mädchen. Er gab sich keine Mühe mehr, seine Liebe zu verbergen.

Seine Verwandten schienen die Tatsache seiner Verlobung als feststehend zu betrachten und waren äußerst liebenswürdig zu Elme. Der alte Bergrat Mütze stand neben Dietrich von Rheinsbergh und meinte vergnügt:

„Na, da gibt's bald 'ne Verlobung! Ich freue mich immer darüber. Jung muß man heiraten, dann — ach so, hm!"

Verlegen räusperte er sich.

„Aber Herr Bergrat, sprechen Sie doch weiter! Auf mich brauchen Sie doch keine Rücksicht zu nehmen. Ich bin doch schließlich nicht die einzige Ausnahme und bezweifle durchaus nicht, daß Ihre Meinung richtig ist", sagte Rheinsbergh ruhig.

„Na ja, wie konnte ich denn auch nur so albern sein. Also, es ist schon richtig so. Und der Dortlingen hat Geld! Von der Liebe allein kann man nicht leben, und er beweist doch hinreichend, daß seine Liebe echt ist. Natürlich wird das Kleinchen zugreifen. Wo wird sie denn nicht! Eine solche Position im Leben verscherzt man sich nicht. Oder sind Sie anderer Meinung, lieber Rheinsbergh?"

„Ich schließe mich ganz Ihrer Meinung an, Herr Bergrat!"

Rheinsberghs Augen gingen zu Elme hinüber. Kein Muskel zuckte in seinem Gesicht. Niemand wußte, wie sehr er sich dazu zwang, gleichgültig zu bleiben. Wie Feuer peitschte es ihm durch die Adern.

Elme die Frau Dortlingens? Dortlingen, der keiner Frau treu war? Besaß die kleine, schöne Elme denn die Macht, ihn zu bessern, zu halten? Oder würde sie dann nach kurzem Glücksrausch eben doch auch den Leidensweg ihrer Mutter beschreiten müssen?

Wer sollte sie schützen?

Grübelnd blickte er in das junge, ernste Gesicht Elmes. Sein Herz schlug laut und schmerzhaft. Tor, der er war! Er liebte dieses süße Geschöpf mehr als sein Leben. Er wollte heute die große, reine Liebe zu ihrer Mutter gewiß nicht verleugnen; aber es war doch etwas da, was einen Unterschied zwischen einst und jetzt schuf. Zum Lachen war es.

Da war er nun heimgekommen, um Vaterstelle an Elme von Dörring zu vertreten und statt dessen liebte, begehrte er sie. Warum hatte er nicht wunschlos dabeistehen können, sich darüber freuend, wenn Elme ein Glück fand?

Glück?

Da hockte er wieder mitten drin in seinen schwarzen Befürchtungen. Dortlingen bot keine sichere Gewähr für ein dauerndes, gutes Glück. Rheinsbergh biß zornig die Zähne zusammen.

Wollte er kein Glück zwischen Dortlingen und Elme sehen? War es die quälende Eifersucht, die ihn so denken ließ?

Er zuckte plötzlich zusammen. Groß und fragend ruhten Elmes Augen in den seinen. Er konnte es nicht hindern: seine ganze, hoffnungslose Liebe lag in diesem Blick, mit dem er sie ansah. Elmes Lippen zitterten. Sie wandte sich ab, sprach ein paar freundliche Worte mit den zwei jungen Mädchen, die hinter ihr standen.

Schräg durch das Zimmer kam Fritz Dortlingen. Sein hübsches Gesicht sah leicht erregt aus. Er kannte Rheinsbergh vom Klub her, und da er wußte, daß dieser im Hause Löwenried viel mitzubestimmen hatte, so suchte er an diesem Abend ganz besonders hervorzukehren, wieviel ihm an einem guten Einvernehmen mit Rheinsbergh lag.

Und bei einer Zigarette, draußen auf dem Balkon, sagte Dortlingen gedämpft:

„Ich habe mich bis über beide Ohren verliebt. In den schönen, blonden Schützling des Hauses. Was sagen Sie dazu?"

„Kann man Glück wünschen?"

Rheinsberghs Stimme klang dunkel.

Dortlingen, viel zu sehr mit sich selbst beschäftigt, merkte es nicht. Er sagte nur:

„Das ist es ja, ich weiß doch selbst nicht, woran ich bin. In sonstigen Fällen habe ich es immer gespürt, wie man auf der Gegenseite dachte. In diesem Falle bin ich einfach ratlos. Fräulein von Dörring war immer freundlich, lustig, einfach lieb; aber ob sie mich zum Manne haben möchte, kann ich nicht herausbekommen. Ich habe mir nun gedacht, Sie kennen die junge Dame doch schon lange. — Glauben Sie, lieber Rheinsbergh, daß ich es wagen könnte? Ich brauche Ihnen nicht erst die Versicherung zu geben, daß ich mich von Grund auf ändern werde, wenn mir das Geschenk dieser Liebe würde."

Rheinsberghs große, dunkle Augen sahen forschend in diejenigen Dortlingens. Nach einer Weile sagte er ruhig:

„Warum sollte die junge Dame Ihren Antrag ablehnen? Sie können Ihrer Frau ein sorgenloses Dasein bieten; ein hübscher, flotter Kerl sind Sie auch — ich wüßte also tatsächlich nicht..."

Der andere drückte ihm krampfhaft die Hand.

„Ich danke Ihnen, Rheinsbergh! Nun werde ich wohl auch bei Frau von Löwenried auf keinen allzu großen Widerstand stoßen", sagte Dortlingen dann noch erleichtert.

(Fortsetzung folgt.)